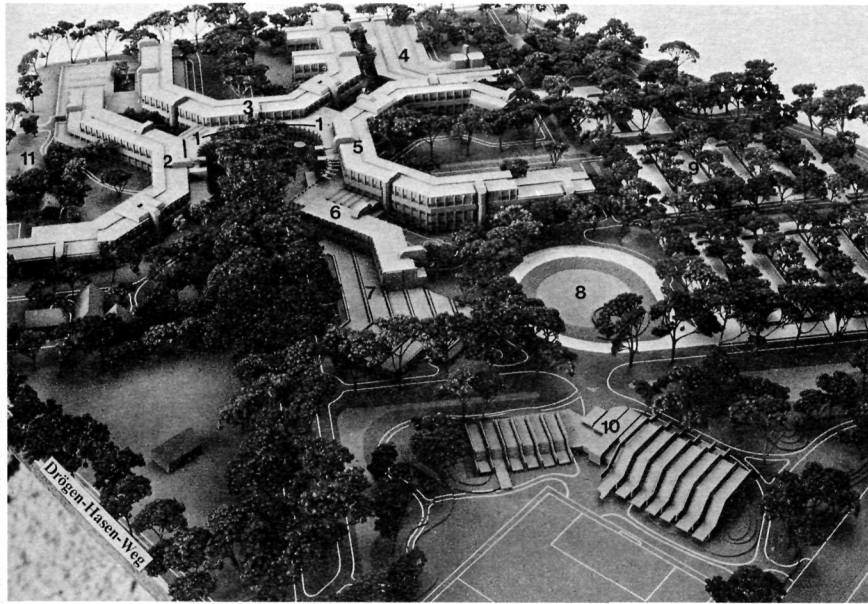


# UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuskript: Gisela Rodenberg, Karin Wolf-Freytag.

6/81  
13. April

Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051. Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. Uni-Info wird auf Recycling-Papier (Umweltschutzpapier) gedruckt.



Der Entwurf der Bremer Planungsgruppe für Hochschulbau, die - wie in der Branche üblich - in die Trickkiste griff, als sie das Modell erstellte und dabei die Bäume in Relation zu den Gebäuden „etwas“ zu hoch geraten ließ. Zu den Nummerierungen: 1. Zentralbereich mit Hörsaal, Seminarräumen, Standortbibliothek, Cafeteria u.a. (3.500 Quadratmeter), 2. Biologie (5.300), 3. Chemie (7.300), 4. Zentrale Einrichtung technisch-wissenschaftlicher Anlagen ZETWA (2.800), 5. Physik (5.600), 6. Mathematik (900), 7. Nebennensa (durch Beschluß der Landesregierung gestrichen), 8. Teich, 9. Parkplätze, 10. Sportanlagen (noch nicht genehmigt), 11. Studentischer Kindergarten (in einem alten Bauernhof)

## Gutachterkommission entschied Wettbewerb um den Wechloy-Ausbau

Gesamtauftrag für bereits begonnene Maßnahme soll im Mai vergeben werden

Anfang Mai soll der Gesamtauftrag für den naturwissenschaftlichen Ausbau auf dem Standort Wechloy mit 1700 Studienplätzen vergeben werden. Das erklärte auf einer Pressekonferenz am 31. März der Geschäftsführer der Niedersächsischen Hochschulbaugesellschaft, Professor Jelpke. Jelpke präsentierte dabei die Entwürfe der fünf Bietergruppen, die sich an dem Wettbewerb um das 150-Millionen-Projekt beteiligten. Der Gutachterausschuß setzte dabei den Entwurf der Bremer Planungsgruppe für Hochschulausbau, die zusammen mit der Biswau und Knauer AG (Bremen) arbeitet, auf Platz eins. Diese Gruppe wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch mit dem Bau beauftragt, wenn sich bestimmte, von der Gutachterkommission für notwendig gehaltene Änderungen an dem Entwurf vornehmen lassen, ohne daß der Kostenrahmen gesprengt wird.

Jelpke sagte auf der Pressekonferenz nachdrücklich, daß es an einer endgültigen Realisierung des Ausbaus in Wechloy, mit dem schon Ende vergangenen Jahres begonnen worden ist, keinen Zweifel geben könne. Das Kabinett und der Aufsichtsrat der landeseigenen Hochschulbaugesellschaft (HBG) hätten dem Vorhaben zugestimmt - auch dann, wenn eine Vorfinanzierung durch das Land notwendig werden sollte.

Die Auswahl des „Bremer Modells“ durch den Gutachterausschuß, der sich aus Vertretern des Landes, der Stadt und der Universität zusammensetzte, begründete Jelpke damit, daß es den Architekten gelungen sei, die landschaftlichen Gegebenheiten voll zu berücksichtigen und trotzdem dabei ein hohes Maß an Funktionalität zu erreichen. Darüber hinaus bliebe der Entwurf voll im Kostenrahmen und sei im Hinblick auf die Folgekosten am günstigsten einzuschätzen. Das Projekt, das jetzt realisiert werden soll, setzt sich aus fünf ein- bis

viergeschossigen Hauptgebäuden zusammen, die alle miteinander verbunden sind - auch durch einen Zentralbereich, in dem u.a. ein Hörsaal, die Standortbibliothek und eine Cafeteria untergebracht sind. Der Zentralbereich umschließt den sogenannten Marktplatz, zu dem eine baumbestandene Allee führt.

In der Würdigung der Jury heißt es u.a. zum erstplazierten Entwurf, durch die gewählte Baustruktur mit dem inneren Erschließungsring werde eine klare Orientierung im horizontalen und vertikalen Erschließungsring erreicht.

Fortsetzung auf Seite 4



Dieser Entwurf des Hannoveraner Architektenbüros Oesterlen, Cadez und Partner in Bietergemeinschaft mit der Philipp Holzmann AG wurde auf Platz 2 von der Jury gesetzt. Er hat allerdings nur dann Chancen, verwirklicht zu werden, wenn die Verhandlung mit der erstplazierten Bietergemeinschaft über einige Änderungen scheitern sollten.

4. bis 10. Mai

## Ossietzky-Tage '81

Veranstaltungen mit Ingeborg Drewitz und Hermann Vinke

Nach 1978 wird die Universität Oldenburg gemeinsam mit anderen Trägern zum zweiten Mal mit von ihr organisierten „Ossietzky-Tagen '81“ an die Öffentlichkeit treten. Die Veranstaltungen laufen in der Zeit vom 4. bis 10. Mai. Der 4. Mai, der Todestag Carl von Ossietzkys wurde entsprechend dem Vorschlag einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zum dies academicus erklärt. An diesem Tag soll auch das Schwerpunktprogramm laufen, an dem u.a. auch Rosalinde von Ossietzky-Palm, die Tochter des Friedensnobelpreisträgers, und die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz teilnehmen werden.

Am Montag, dem 4. Mai, stehen auf dem Programm folgende Veranstaltungen:

- 11.00 Referat von Ossietzky-Biograph Hermann Vinke über „Ossietzky als politischer Journalist“
- 16.00 Eröffnung der von Lehrenden und Studenten zusammengestellten Ossietzky-Ausstellung „... aber von dir wird ja gesprochen“ im Lichthof der Fachhochschule Oldenburg
- 20.00 Übergabe des im Besitz von Rosalinde von Ossietzky-Palm befindlichen Nachlasses Ossietzkys an die Universität Oldenburg - verbunden mit einer Lesung neuer Texte der Schriftstellerin Ingeborg Drewitz durch die Autorin in der Aula.

Im weiteren Verlauf der Woche sollen zusätzlich folgende Veranstaltungen angeboten werden:

- Mittwoch, 6. Mai, 20.00, Aula: Filmvorführung „Der Aufstand“ von Peter Lilienthal
- Donnerstag, 7. Mai, 20.00, Aula: Benefiz-Konzert zugunsten des Dokumentations- und Informationszentrums Emsland-Lager“ u.a. mit Jan & Jörn, Ossietzky-Songgruppe, und Zündschüre. Moderator: Hermann Vinke.
- Freitag, 8. Mai, 19.30, Aula: Eröffnung des „Forums zur Friedenserziehung“ mit einer Podiumsdiskussion zum Thema: „Erziehung zum Frieden - Möglichkeiten und Grenzen der schulischen Friedenserziehung“
- Samstag, 9. Mai, 9.00-18.00, Fortsetzung des Friedensforums
- Sonntag, 10. Mai, Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof des ehemaligen Hermann Vinke, Redakteur im

Norddeutschen Rundfunk und Verfasser einer für Jugendliche geschriebenen Ossietzky-Biographie, soll nach dem Willen der Universität im Sommer 1981 einen Lehrauftrag über Ossietzky als politischer Publizist erhalten. Ingeborg Drewitz ist im letztmaligen Konzentrationslagers Esterwegen.



Rosalinde von Ossietzky-Palm und Hermann Vinke

ten Jahr mit der Ossietzky-Medaille ausgezeichnet worden, die alljährlich von der Berliner Sektion der Internationalen Liga für Menschenrechte vergeben wird. Die Ausstellung „... aber von dir wird ja gesprochen“ wurde von einem von Professor Dr. Boldt geleiteten Projekt zusammengestellt. Zu dieser Ausstellung, die so konzipiert und montiert ist, daß sie als Wanderausstellung in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen gezeigt werden kann, wird auch ein umfangreicher Katalog erscheinen.

Der Nachlaß Carl von Ossietzkys, soweit er sich im Besitz seiner Tochter Rosalinde von Ossietzky-Palm befindet, umfaßt im wesentlichen Briefe

Fortsetzung auf Seite 4

## Landschaft verlangt Fachbereich Jura

Ein Ansatz, die Universität über den Status einer vornehmlich der Heranbildung von Lehrern gewidmeten Hochschule hinauszuhelfen, ist nach Ansicht der Oldenburgischen Landschaft die Einrichtung eines Fachbereichs Rechtswissenschaften. Wie deren Präsident, Dr. Bergmann, auf der 8. Versammlung seiner Organisation erklärte, wäre ein solcher Beschluß der Landesregierung kulturpolitisch, regionalpolitisch und allgemeinpolitisch überhaupt nicht zu überschätzen. Deshalb sei zu hoffen, daß die Landesregierung dem Votum der Gutachterkommission folge und Oldenburg mit seiner guten juristischen Infrastruktur zu einem Standort der Juristenausbildung mache.

## Senatssitzung verschoben

Nicht, wie vorgesehen, am 15. April, sondern erst am 22. April findet die nächste Senatssitzung statt. Das beschloß das Gremium auf seiner letzten Sitzung.

## Köll will als Vizepräsident zurücktreten

Der Chemiker Professor Dr. Peter Köll hat in einem Brief an den Präsidenten erklärt, daß er im kommenden Sommersemester sein Amt als 2. Vizepräsident „an einen neu zu wählenden Nachfolger übergeben möchte“. Durch den Umzug seiner Forschungsgruppe in die Cloppenburg Straße und die damit verbundene zusätzliche Arbeitsbelastung sowie durch Belastung in seinem wissenschaftlichen Aufgabenbereich überhaupte sei er zu diesem Schritt gezwungen, begründete Köll seinen Entschluß. Er hoffe, daß dies verständlich sei und seinem Wunsch ohne größere Komplikationen entsprochen werden könne. Köll war im Sommer vergangenen Jahres vom Konzil zum Vizepräsidenten gewählt worden, nachdem er zuvor mehrere Jahre als Dekan des Fachbereichs IV geleitet hatte.

# Wiederbegründung und Niedergang der niedersächsischen Regionalparteien

VW-Stiftung fördert Forschungsprojekt im Schwerpunkt „Deutschland nach 1945“

Die Stiftung Volkswagenwerk hat jetzt ein Forschungsvorhaben im Schwerpunkt „Deutschland nach 1945“ genehmigt, das sich mit der „Wiederbegründung und Niedergang der niedersächsischen Regionalparteien in den Jahren von 1945 bis 1965“ beschäftigt. Leiter dieses Projektes, zu dem bereits zahlreiche Vorarbeiten gelaufen sind und für das etwa eine Viertel Millionen Mark zur Verfügung stehen, ist der Oldenburger Politologe Professor Dr. Karl-Heinz Naßmacher, der im folgenden das Projekt zusammenfassend beschreibt:

Die wissenschaftliche Betrachtung des deutschen Parteiensystems ist traditionell durch Verkürzungen der Perspektive gekennzeichnet:

- Überbetonung der weltanschaulichen Grundlagen und der ideologisch-programmatischen Entwicklung
  - Bevorzugung der Parlamentsgeschichte gegenüber der Organisationsgeschichte
  - weitgehende Vernachlässigung regionaler Dimensionen.
- In Niedersachsen agierten in der Nachkriegszeit drei Parteien mit regionalen Schwerpunkten, die nur teilweise als Aus- oder Vorläufer bundesweiter Parteien gedeutet werden können:
- Das katholische Zentrum in Süd-Oldenburg und im Emsland;
  - Die Deutsche Partei als Erneuerung welfischer Traditionen in den Bezirken Lüneburg und Stade;
  - Die (allliberale) FDP in den handwerklich und bäuerlich geprägten Gebieten Nord-Oldenburgs und in Teilen Ostfrieslands.

Heute dominiert in den genannten Gebieten die Volkspartei CDU, der offenbar in drei Jahrzehnten die Sammlung von Wählergruppen gelungen ist, deren Zusammenfassung zu einer großen Partei - zumindest im Nordwesten Niedersachsens - in den vierziger und fünfziger Jahren noch nicht möglich war.

Die exemplarische Analyse von Ablauf und Bestimmungsfaktoren der Ausbreitung des nationalen Parteiensystems in (politisch) periphere Gebiete zu Lasten der dort vorherrschenden Regionalparteien ist Gegenstand der geplanten Untersuchung, von der historisch fundierte Anstöße für die Wahlsoziologie und die empirische Parteienforschung erwartet werden.

Für die geplante Untersuchung dienen als erkenntnisleitende Fragestellungen:

- Warum kommt es in Niedersachsen zum Wiederaufleben regional-spezifischer Parteien und nicht zu ei-

ner unterschiedliche Parteitradiitionen übergreifenden Sammlungspar-  
teien?

- Liegen dem Niedergang regionaler Schwerpunktparteien politische Veränderungen auf Bundes- und Landesebene, Mängel in der Vertretung regional-spezifischer Sonderinteressen, Veränderungen der regionalen Sozialstruktur oder Defizite der lokalen Organisation zugrunde?

- Welche Bedeutung kommt lokalen Eliten, ihrer persönlichen Resonanz in der örtlichen Wählerschaft und ihrer Einbindung in überörtliche Parteiorganisationen für die Entwick-

lung der Regionalparteien zu?

Die Erfassung der möglichst langfristig angelegten Wahlgeschichte ganzer Regionen schafft die Voraussetzungen für quantitative Längs- und Querschnittanalysen (politisch-soziale Gemeindeprofile über einen längeren Zeitraum bzw. Korrelations-, Regressions- und Clusteranalysen für eine Vielzahl von Gemeinden). Dabei lassen sich für längere Zeiträume regionale Einzugsbereiche und lokale Schwerpunkte einzelner Parteien identifizieren, die dann zum Gegenstand qualitativer Fallstudien gemacht werden.

## Remmers äußert sich zur Ausbildung von Musiklehrern

Die Musiklehrerausbildung in Oldenburg stand im Mittelpunkt einer Fragestunde des Niedersächsischen Landtags am 28. Januar 1981. Die Abgeordneten Zempel und Milde (SPD) wollten unter anderem wissen, ob die Landesregierung dem Fach Musik dieselbe pädagogische Bedeutung beimißt wie den „sogenannten wissenschaftlichen“ Fächern. Ausgangspunkt dieser recht ungewöhnlichen Frage war die Feststellung der Abgeordneten, daß die musikpraktische Ausbildung in Oldenburg noch immer nicht finanziell abgesichert ist und daher das Lehrdefizit im Fach Musik für viele Jahre nicht behoben werden kann.

Kultusminister Dr. Werner Remmers betonte in seiner Antwort und der darauf folgenden Debatte, daß er den musischen Unterrichtsfächern große Bedeutung zueschreibe. Doch müsse man sich vor „verbalen Gleichwertigkeitsbetuerungen“ hüten, die dem Musischen doch eher schaden als nützen. Remmers ging mit dem Fachunterricht „Musik“ an den Grundschulen ins Gericht und versicherte nicht, daß er dem Fachlehrer einen allgemeinen Pädagogen, der mit seinen Kindern Lieder singt, vorziehen würde. Der Fachunterricht, so argwöhnte der Minister, habe den Kindern bisweilen geschadet: sei ihm, dem Minister, doch zu Ohren gekommen, daß Studenten oft am Cassettenrekorder und nicht an richtigen Musikinstrumenten ausgebildet würden. (Anmerkung: In Oldenburg kann ein Student in der Tat einen „apparativen Schwerpunkt“ studieren. Wenn er aber keinen Instrumentalunterricht erhalten sollte, so wegen der chronisch knappen Finanzmittel.) Auch eine einseitige theoretische Ausrichtung des Musikunterrichts vertreibe eher die Freude an

der Musik, als daß sie Kinder ermutigte, Instrumente zu lernen.

Der Minister ließ durchblicken, wie er bereits auf Abhilfe gesonnen hat: Die neuen Prüfungsordnungen korrigierten mit dem Drei-Fach-Studium die schlimmsten Auswüchse des Fachlehrerprinzips; die jüngsten Empfehlungen der Rahmenrichtlinienkommission habe er mit den Worten zurückgewiesen: „So wollen wir das in den Schulen nicht haben“. Auch die Verkürzung der Studienzeiten wird dazu beitragen, allzu viel Theoretisieren erst gar nicht aufkommen lassen.

Die Studienkommission Musik des Fachbereichs II hat die relativ undifferenzierte Herangehensweise der Regierung in Sachen Musikunterricht in einer ausführlichen Stellungnahme kritisiert. Der Verdacht dränge sich auf, daß der Minister seine jüngsten schulpolitischen (Spar-) Maßnahmen erneut in ein günstiges Licht habe rücken wollen. Die konkrete Situation an den Schulen, die die Hauptsache für eine zu geringe Entfaltung musikalischer Begabungen ist, habe der Minister großzügig ignoriert, weil sie teilweise auch auf sein Konto geht: Kaum Fachräume, hoher Unterrichtsausfall, schlechte materielle Bedingungen, zu wenige ausgebildete Lehrer. Auch sei der singende Schulmeister nicht mehr das adäquate Gegenbild zum derzeitigen Musikunterricht, der immer wieder in die Rolle einer Reparaturwerkstatt für Massenmedien-Geschädigte gedrängt werde. Vollends unverständlich sei aber, daß der Minister eine Attacke gegen Theorie im Musikunterricht reite, wenn es ausgerechnet um die fehlenden Mittel für den musikpraktischen Bereich in Oldenburg gehe.

wms

## Kurz notiert • Kurz notiert

Ein Programm für das SS 81 hat jetzt das Fernstudienzentrum der Universität Oldenburg herausgegeben. Die Universität unterhält dieses Zentrum, das Studenten der Fernuniversität Hagen aus diesem Raum betreut.

Für die Förderung ausländischer Studenten an niedersächsischen Hochschulen stehen 1981 730.000 Mark aus Landesmitteln zur Verfügung. Davon werden ca. 600.000 Mark für Studenten aus Entwicklungsländern, der Rest für die übrigen ausländischen Studenten aufgewandt werden. Wie das Wissenschaftsministerium erläuterte, werde ein Schwerpunkt innerhalb dieser Gesamtbeträge durch das Bund-Länder-Programm für Studierende aus Entwicklungsländern an Fachhochschulen (400.000 Mark) gesetzt. Diese Schwerpunktbildung sei darauf zurückzuführen, daß der Bedarf an Führungskräften in Entwicklungsländern vor allem auf praxisorientierte Fachleute gerichtet sei.

„Die naturwissenschaftlichen und technischen Fächer an Schulen und Hochschulen müssen für Schüler und Studenten wieder anziehungskräftiger werden“, erklärte der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Björn Engholm. Er verwies auf freie Studienplatzkapazitäten in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern. Hier gäbe es gut ausgebaute und moderne Studienmöglichkeiten. Auch hätten sich die Berufschancen für Naturwissenschaftler in den letzten Jahren eindeutig verbessert. „Angesichts dieser Entwicklung“, sagte Engholm weiter, „müssen sich alle Verantwortlichen mit der Frage beschäftigen, wie mehr Interesse und mehr Spaß an den Inhalten von naturwissenschaftlich-technischen Fächern vermittelt werden können.“ Dazu gehören z.B. auch Überlegungen zur Verbesserung der Stoffvermittlung in diesen Fächern in Schule und Hochschule.

Der Niedersächsische Wissenschaftsminister Prof. Dr. Eduard Pestel ist aufgrund seiner wissenschaftlichen Arbeiten im Zusammenhang mit der Entwicklung moderner Methoden der Elastomechanik und der Anwendung der Systemtheorie auf brennende Probleme unserer Zeit von der National Academy of Engineering in Washington (USA) zum Ausländi-

schen Mitglied ernannt worden. Die National Academy of Engineering hat nach letztem Stand 1.022 Mitglieder, die Bürger der USA sind, und insgesamt lediglich 81 ausländische Mitglieder, sogenannte „foreign associates“, unter ihnen nur 2 deutsche.

Staatssekretär Kuhlwein wies darauf hin, daß seit dem Wintersemester 1979/80 von der Fernuniversität Hagen ein Fernstudiengang zur Sonderpädagogik angeboten wird. Er sei in seinem ersten Studienjahr von 1.150 Studierenden genutzt worden. Auch die mehr als 1.300 Einschreibungen für das zweite Studienjahr zeigten, daß ein erheblicher Bedarf an grundlegenden Informationen über sonderpädagogische Fragen bestehe. Die Fernstudienmaterialien seien im Rahmen eines vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft geförderten Modellvorhabens entwickelt worden. Der Bund habe für dieses Vorhaben von Oktober 1979 bis Ende September 1981 1,4 Millionen Mark bewilligt.

Nur etwa 450 beamtete Lehrkräfte haben von der zum 1.2.1981 erstmals möglichen erweiterten Teilzeitschäftigung Gebrauch gemacht. Dadurch konnten zum 1.2.1981 rund 150 zusätzliche vollzeitschäftigte Lehrkräfte im Beamtenverhältnis eingestellt werden. Im vergangenen Jahr hatten in einer Blitzumfrage noch ca. 650 Lehrkräfte aus dem Grund-, Haupt- und Realschulbereich ein ernsthaftes Interesse an einer Teilzeitschäftigung bekundet, so daß mit einer erheblich höheren Zahl von Anträgen auf Arbeitszeitermäßigung gerechnet wurde.

## „Raum und Klang“

Gustavo Becerra-Schmidt, chilenischer Musikwissenschaftler an der Universität Oldenburg und weltweit bekannter Komponist, hat zusammen mit seiner Frau, der bildenden Künstlerin Fluor Auth, eine Ausstellung „Raum und Klang“ arrangiert, die zur Zeit im Haus des Oldenburger Kunstvereins zu sehen bzw. zu hören ist. Zu den raumbelebenden und -gestaltenden Textilarbeiten von Fluor Auth komponierte Becerra-Schmidt synthetisch hergestellte Klangdispositionen, die vom Besucher selbst ausgelöst werden können. Die Ausstellung läuft noch bis zum 17. April.

## Gute Erfahrungen mit der Studienberatung

Zu dem Auswertungsbericht über Modellvorhaben zur Studienberatung durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK), der im März erschien, sagte der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Björn Engholm: „Studienberatung trägt nicht nur dazu bei, dem einzelnen Studierenden bei seinen Studienentscheidungen zu helfen und ihm einen erfolgreichen Abschluß des Studiums zu erleichtern; gut eingesetzte Studienberatung kann gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit im Hochschulbereich steigern.“

In dem vorliegenden Bericht wurden zehn Modellvorhaben zur Studienberatung ausgewertet, die Bund und Länder seit 1973 mit je 15 Millionen Mark gefördert haben. Daß dieses Geld gut angelegt gewesen sei, zeige sich - so Bundesbildungsminister Engholm - daran, daß in den sechs am Modellversuchsprogramm beteiligten Ländern (Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland) die Studienberatung erheblich ausgebaut worden sei. Ziel müsse es jetzt sein, die Erfahrungen aus den Modellvorhaben möglichst auf alle Hochschulen zu übertragen, um in Übereinstimmung mit dem Entwurf der Fortschreibung des Bildungsgesamtplans ein kontinuierliches und flächendeckendes Angebot an Studienberatung zu gewährleisten.

## Wandscher weist Vorwürfe zurück

In einem Schreiben an Professor Dr. Dieter Kimpel hat der Oldenburger Oberstadtdirektor Heiko Wandscher die gegen die Klavemann-Stiftung erhobenen Vorwürfe (siehe uni-info 5/81) energisch zurückgewiesen. Die Stiftung werde entsprechend dem Willen der Stifter, der Brüder Klavemann, geführt. Zum Stiftungsvermögen führt Heiko Wandscher an, daß dem vorsichtig bewerteten Sachvermögen von 26.500.000 Mark aufgenommene Darlehen von 5.458.685 Mark gegenüberstünden (Stand 31.12.1980). Diese Darlehensschulden würden mit null bis 8,58 Prozent verzinst. Diese Zahlen sprächen für sich und es könne nicht behauptet werden, daß die Stiftung überschuldet sei.

Wandscher führte weiterhin aus, daß es Aufgabe der Stiftung ist, Wohnungen zu errichten und zu erhalten, Bauten, die vor mehr als 100 Jahren gebaut wurden, entsprechen unter Umständen nicht mehr den Wohnbedürfnissen von heute.

Professor Kimpel hatte dagegen erklärt, daß der Erhalt der alten Häuser nicht nur wegen der „ästhetischen Erfahrungsbarmachung von sozialhistorischen wichtigen Denkmälernsembles“ notwendig sei, sondern es ginge hier auch darum, sich für gesellschaftlich benachteiligte Bürger einzusetzen, die durch Nichtsanierung aus ihren angestammten Wohnungen vertrieben werden sollten.

## Reader über Projekte des ersten Studienabschnittes erschienen

Im ZpB ist jetzt eine neue Broschüre über „Schulische und außerschulische Erkundungen in der einphasigen Lehrerausbildung“ erschienen. Sie wurde von Ilka Grabbe-Egloff unter Mitarbeit von Marianne Kriszio und Christine Woessler herausgegeben und ist aus der Arbeit der bisherigen Studienkommission für den erziehungs- und gesellschaftlichen (EG) Bereich entstanden. Diese hatte sich vorgenommen, für die Projekte des 1. Studienabschnittes einen „Reader“ zusammenzustellen, der in möglichst anschaulicher Form Hinweise zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Erkundungen und deren Integration in die allgemeine Projektarbeit gibt. Dabei sollte es nicht darum gehen, eine bestimmte Konzeption verbindlich vorzuschreiben, sondern man wollte deutlich

machen, welche unterschiedlichen Ansätze bisher vertreten und erprobt wurden, und welche Erfahrungen dazu vorliegen.

Die EG-Kommission veranstaltete deshalb im Mai 1979 mehrere Gruppendiskussionen mit Veranstaltern von Projekten des 1. Studienabschnittes, an denen 12 Lehrende teilnahmen. Aus den Tonbandmitschnitten stellte eine Redaktionsgruppe die Aussagen der einzelnen Lehrenden zu den angesprochenen Themen zusammen. Diese bezogen sich gemäß dem vorgegebenen Fragenkatalog in einer Grobgliederung auf die Dimensionen

- Erkundungsthematik
- Vorbereitung der Erkundungen
- Durchführung der Erkundungen
- Auswertung

und umfassen z.B. solche Fragen wie: Stellenwert der Erkundungen, Zusammenhang von schulischen und außerschulischen Erkundungen, Kooperation mit Praktikern, Interdisziplinarität, Motivation der Studenten, Vorerkundungen, Verwendung von Methoden der empirischen Sozialforschung (insbesondere Beobachtung und mündliche Formen der Befragung), Betreuung durch die Lehrenden, Erkundungsberichte usw.

In einem umfangreichen Anhang sind Materialien zusammengestellt, die in den befragten Projekten zur Vorbereitung der Erkundungen verwendet wurden. Außerdem enthält der Reader eine kurze Übersicht über Veröffentlichungen, die mehr oder weniger im Zusammenhang mit der Erkundungsthematik stehen.

nik

## Außeruniversitäre Institute:

# Nord-Süd-Gefälle von Abgeordneten kritisiert

## Zurückhaltende Antwort der Landesregierung

„Eine erfolgversprechende Planung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen im westlichen und nord-westlichen Niedersachsen wird entscheidend von der weiteren Entwicklung der dortigen Universitäten, insbesondere im Bereich der Forschung, abhängen.“ Das erklärte der Staatssekretär im niedersächsischen Wissenschaftsministerium, Rolf Möller, aufgrund einer Kleinen Anfrage der SPD-Abgeordneten Bruns, Arens, Schultze und Milde (Oldenburg), die von der Landesregierung u.a. hatten wissen wollen, welche Berücksichtigung bei der Ansiedlung außeruniversitärer Institute die Hochschulstandorte Oldenburg und Osnabrück finden würden.

Die Abgeordneten hatten sich dabei auf den Bericht der Forschungsstrukturkommission bezogen, der nach ihrer Meinung nicht hinreichend klarmache, wie und mit welchen forschungspolitischen Ansätzen spezifisch auf die niedersächsische Wirtschaftsstruktur gehandelt werden solle. Außerdem werde aus dem Abschlußbericht nicht erkennbar, aufgrund welcher Bedarfsanalysen wirtschaftsstruktureller, standort- und mittelstandsspezifischer Art die Forschungsinstitute vorgeschlagen und geplant wurden. Der Wille zu einer

besseren und ausgewogenen räumlichen Bedienung werde ebenfalls nicht ersichtlich. Möller erklärte u.a. dazu, aufgrund der Bestandsaufnahme der Forschungsstrukturkommission lasse sich feststellen, daß nach wie vor der überwiegende Teil der für die Forschung bestimmten Mittel den Hochschulen zufließe. Im Zusammenhang mit der Ansiedlung neuer außeruniversitärer Forschungseinrichtungen habe die Strukturkommission ausgeführt, daß anspruchsvolle Forschung auf ein wissenschaftliches Umfeld angewiesen sei, das vielfältige interdisziplinäre Kooperation ermögliche, die im Regelfall nur an Hochschulstandorten gegeben sei. Deshalb ist nach Meinung des Staatssekretärs die Qualität der geleisteten wissenschaftlichen Forschung an den Hochschulstandorten selbst maßgebend.

Als bestürzend bezeichnete der Präsident der Oldenburgischen Landschaft, Dr. Bergmann, die Tatsache, daß innerhalb Niedersachsens ein besonders starkes Gefälle zum Nachteil des Nordens und Nordwestens im Hinblick auf Forschungseinrichtungen gegeben sei. Bergmann laut NWZ wörtlich: „Ein Raum, der ein Defizit an Forschung hat, wird bald auch ein Defizit an wirtschaftlicher Entwicklung festzustellen haben.“

## Schulenberg in Expertenkommission

Das Land Niedersachsen hat mit seinem 1970 verabschiedeten Erwachsenenbildungsgesetz in der Bundesrepublik die Phase der gesetzlichen Anerkennung der Erwachsenenbildung als Zweig des öffentlichen Bildungswesens eingeleitet. Zwar bestand seit 1954 in Nordrhein-Westfalen eine gesetzliche Regelung für die Erwachsenenbildung, die sich aber nur auf Zuschuß-Modalitäten bezog und mit dem umfassenderen niedersächsischen Gesetz und den ihm folgenden Gesetzen in den meisten anderen Bundesländern nicht vergleichbar ist.

Der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat nunmehr eine dreiköpfige Expertenkommission beauftragt, die eine kritische Aufarbeitung der bisherigen Erfahrungen mit dem Gesetz vornehmen soll. In diese Kommission hat der Minister die Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Franz Pöggeler (Technische Universität Aachen) und Prof. Dr. Joachim H. Knoll (Universität Bochum) sowie den Soziologen Prof. Dr. Wolfgang Schulenberg (Universität Oldenburg) berufen. Schulenberg hat bereits der Kommission angehört, die in den 60er Jahren die ersten Vorarbeiten für das Niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz ausgearbeitet und deren Gutachten zu dem Gesetz geführt hat. Das neue Gutachten soll möglichst in Jahresfrist abgeschlossen werden.

# Im Wortlaut

## Petition an Niedersächsischen Landtag zur Mitbestimmung in Instituten und Seminaren

Der Senat hat auf seiner letzten Sitzung eine Petition an den Niedersächsischen Landtag verabschiedet, in der das Parlament gebeten wird, den Hochschulen zu ermöglichen, Mitbestimmungsrechte für Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter und Dienstleister auch in den wissenschaftlichen Einrichtungen zu verankern. Nachfolgend die vom Präsidenten formulierte Petition im Wortlaut:

Präsident und Senat der Universität Oldenburg bitten den Niedersächsischen Landtag, im Zusammenhang mit der Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes § 101 NHG dahingehend zu ändern, daß er den Hochschulen die Möglichkeit eröffnet, in ihren Grundordnungen - mit dem dafür vorgesehenen Verfahren nach § 73 Abs. 1 NHG - eine Vorstandsregelung für Wissenschaftliche Einrichtungen beschließen zu können, die bei Wahrung der Professorenmehrheit den anderen Statusgruppen Sitz und Stimme im Vorstand gibt.

### Erläuterung

Mit der Einbindung der Vorstandsregelung für Wissenschaftliche Einrichtungen in die Grundordnungen gewährt der Gesetzgeber den Hochschulen eine angesichts unterschiedlicher Traditionen, Strukturen und Zielsetzungen notwendige Flexibilität in der Handhabung dieser Regelung. Diejenigen Hochschulen, in denen die bisherige Regelung als bewährt akzeptiert wird, werden nicht gezwungen, diese zu revidieren; diejenigen Hochschulen aber, die mit dem geforderten Maß an Konsens eine andere Regelung für sinnvoll halten, können diesem Konsens entsprechend verfahren.

### Begründung

1. Für die Möglichkeit, allen Statusgruppen Sitz und Stimme im Vorstand der Wissenschaftlichen Einrichtungen zu gewähren, spricht zunächst der Grundsatz der Zweckmäßigkeit von gleichartigen Entscheidungsverfahren für vergleichbare Entscheidungsprozesse. In den Wissenschaftlichen Einrichtungen der Hochschulen sind Entscheidungen über Haushalts-, Personal- und Sachfragen zu treffen, wie sie in durchaus vergleichbarer Weise in den Fachbereichen der Hochschulen anfallen. Fachbereiche und Wissenschaftliche Einrichtungen sind die entscheidenden Gliederungs- und Organisationsglieder der Hochschulen; die für sie verantwortlichen Kollegialorgane sollten daher nach gleichartigen Vertretungsprinzipien zusammengesetzt sein können (entsprechend § 79 NHG).

2. In den Wissenschaftlichen Einrichtungen hat eine erhebliche Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter sowie der Mitarbeiter im technischen und Verwaltungsdienst ihren Arbeitsplatz bzw. wird ihm dort erhalten. Die wissenschaftliche Forschung und Lehre sind in wachsendem Maße auf diese Mitarbeiter angewiesen. Deren Arbeitsbedingungen wie auch insgesamt die Gestaltung ihrer Arbeitszusammenhänge hängen wesentlich von Entscheidungen ab, die von den Vorständen der Wissenschaftlichen Einrichtungen getroffen werden. Wenn diesen Mitarbeitern dabei eine Mitbestimmungsmöglichkeit eröffnet werden kann, dient dies einerseits der Entwicklung wissenschaftsfreundlicher Arbeitsverhältnisse, weil man sich erfahrensmaßig in dem Maße mit einer Arbeit identifiziert, in dem man sie mit zu verantworten hat. Das ist insbesondere dann von Belang, wenn man den modernen Wissenschaftsbetrieb berücksichtigt, in dem die Kooperation verschiedener Wissenschaftler zunehmend an Gewicht gewinnt. Andererseits kann die Mitbestimmung als eine wichtige Voraussetzung dafür angesehen werden, daß Arbeitskonflikte zwischen den Statusgruppen ohne allzu große Reibungsverluste gelöst werden können.

3. Das Hochschulrahmengesetz hat solchen Überlegungen Rechnung getragen und in § 38 Abs. 4 festgelegt, daß auch an den Entscheidungen über Fragen der Forschung und der Lehre alle Mitglieder der Hochschulen stimmberechtigt mitwirken. Das Niedersächsische Hochschulgesetz selbst gewährt den wissenschaftlichen Mitarbeitern sowie den Mitarbeitern im technischen und Verwaltungsdienst in den Klinikkommissionen und Klinikvorständen Mitbestimmungsrechte. Es ist schwer nachvollziehbar, daß das NHG nach § 113 Mitbestimmungsrechte für unterschiedliche Statusgruppen vorsieht und sie im

durchaus vergleichbaren Fall des § 101 völlig ausschließt.

4. Die Gewährung von - durchaus unterschiedlichen - Mitbestimmungsmöglichkeiten für alle Statusgruppen der Hochschulen erscheint aus den dargelegten Gründen nicht nur als sinnvoll, sie entspricht auch der durchgängigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Dieses hat bei unterschiedlicher personeller Besetzung nahezu konsequent die Linie eingehalten, die in dem für das Demokratieverständnis des Grundgesetzes grundlegenden Urteil vom 17.8.1956 begonnen worden ist. Dort heißt es: „Um seiner (sc. des Menschen) Würde willen muß ihm eine möglichst weitgehende Entfaltung seiner Persönlichkeit zugesichert werden. Für den politisch-sozialen Bereich bedeutet das, daß es nicht genügt, wenn eine Obrigkeit sich bemüht, noch so gut für das Wohl von „Untertanen“ zu sorgen; der einzelne soll vielmehr in möglichst weitem Umfang verantwortlich auch an den Entscheidungen für die Gesamtheit mitwirken.“ In mehreren Urteilen hat das Bundesverfassungsgericht diese Grundposition auf Fragen der Hochschulstruktur bezogen und dabei immer wieder betont, daß das Recht auf Wissenschaftsfreiheit nicht das Recht auf Mitwirkung aller Hochschulangehörigen an den Entscheidungen ausschließt. So hält das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 29.5.1973 es für erforderlich, daß „die Interessen der verschiedenen Hochschulangehörigen, der Wissenschaftler, ihrer Mitarbeiter und der Studenten sowie der übrigen Bediensteten miteinander abgestimmt und koordiniert werden. Sie alle müssen sich - bedingt durch das Zusammenwirken mit den anderen Grundrechtsträgern und mit Rücksicht auf den Ausbildungszweck der Universität - Einschränkungen gefallen lassen. In diesem Spannungsfeld konkurrierender Rechte und Interessen kann sich naturgemäß die Wissenschaftsfreiheit des Einzelnen nicht schlechthin und schrankenlos durchsetzen“. In bezug auf die Stellung der Studenten ist das Gericht in seinem Urteil vom 7.10.1980 der Auffassung, daß der Student „jedenfalls nicht bloßes Objekt der Wissenschaftsvermittlung (ist), sondern er soll ein mitarbeitendes, an der wissenschaftlichen Erörterung beteiligtes Mitglied der Hochschule sein; das Studium an der Universität ist auf aktive Teilnahme am Wissenschaftsprozess hin angelegt. Zumindest soweit der Student bereit und in der Lage ist, in diesem Sinne an der wissenschaftlichen Lehre teilzunehmen, kann auch ihm das Grundrecht aus Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG zustehen“. Nach den zitierten Urteilen des Bundesverfassungsgerichts wie auch nach den Beschlüssen vom 8.2.1977 und 1.3.1978 müssen die Strukturen der Hochschulen sowohl die Wissenschaftsfreiheit nach Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG wahren als auch die Beteiligung aller Betroffenen an der akademischen Selbstverwaltung gewährleisten. Eine Änderung des § 101 NHG in der beantragten Form würde mit dieser Interpretation des Grundgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht voll übereinstimmen.

5. Es sollte schließlich besonders berücksichtigt werden, daß die Gewährung von abgestuften Mitbestimmungsmöglichkeiten allen Mitgliedern der Universität, insbesondere auch den Studenten, ein wichtiges Erfahrungsfeld erschließt, das sie zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt (§ 8 NHG). Die Einsicht in den Wert einer demokratischen Ordnung ist durch die nur rezeptive Information nicht zu gewinnen; sie sollte daher nicht nur intellektuell vermittelt, sondern in der Beteiligung an Entscheidungsprozessen erfahren, erlebt werden. Wenn es schon kaum gelingt, den nachwachsenden Generationen die geschichtlichen Erfahrungen zu vermitteln, die die Entwicklung der Bundesrepublik von Anfang an bestimmten, dann sollte nichts unerlassen werden, was ihnen die Chance eigener Erfahrung im Umgang mit demokratischen Verfahren bieten kann.

# Halbzeit in der Studienreform

Die Arbeit der niedersächsischen Studienreformkommission hat ihre Halbzeit erreicht und wird voraussichtlich gegen Ende 1982 abgeschlossen werden können. Vor der Presse wie der Wissenschaftsminister Prof. Dr. Eduard Pestel in Hannover darauf hin, daß in den vergangenen 18 Monaten 30 Fachkommissionen, denen das gesamte Lehrangebot der niedersächsischen Hochschulen zugeordnet sei, ihre Arbeit aufgenommen hätten.

Nach dem derzeitigen Stand der Arbeit in den einzelnen Fachkommissionen, so Minister Pestel, gehe er davon aus, daß einige Kommissionen bereits im Jahre 1981, die Mehrheit der Kommissionen voraussichtlich im Laufe des Jahres 1982 ihre Arbeit beenden würden. Lediglich im Falle der Rechtswissenschaften werde wegen der noch ausstehenden bundesgesetzlichen Vorgaben eine Verlängerung des Arbeitsauftrages in das Jahr 1983 hinein notwendig werden. Danach könne die zur Unterstützung der Studienreformkommission eingerichtete „Zentrale Arbeitsstelle Studienreform“ etwa zum Jahresende 1982 aufgelöst werden, da im Jahre 1983 dann allenfalls Abwicklungsarbeiten anfallen würden.

Befriedigt äußerte sich der Minister zu der bisher in den einzelnen Kommissionen geleisteten Arbeit. 6 Fachkommissionen haben bereits Empfehlungen zur Reform der Studiengänge vorgelegt. Die Empfehlungen enthalten Ausführungen zum Stand der Wissenschaft, zu den Berufsfeldern, auf welche die einzelnen Studiengänge vorbereiten, zu den Ausbildungszielen, zum Aufbau und Inhalt der Studiengänge, zu den Anforderungen, zu Formen der akademischen Lehre und der Prüfungen sowie in einigen Fällen zu Aufbaustudien und weiterbildenden Studien. Die Empfehlungen sind, nach Abstimmung mit den übergeordneten Kommissionen, der Ständigen Kommission für die Studienreform und der Koordinierungskommission für die Lehramtsstudiengänge, den Hochschulen zur Stellungnahme zugeleitet worden. In einem zweiten Arbeitsschritt werden die Kommissionen Musterstudien- und Musterprüfungsordnungen erstellen, um beispielhaft die Umsetzung der Empfeh-

lungen in die Praxis aufzuzeigen. In einem dritten und letzten Arbeitsschritt werden die Stellungnahmen der Hochschulen zu den Empfehlungen erörtert und ggf. in die Empfehlungen eingearbeitet. Darauf folgt die endgültige Verabschiedung der Empfehlungen gemeinsam mit den Musterordnungen.

## Organisationsstruktur

# „Senat verletztes bewußt die Grundordnung“

## Scharfe Kritik der „Demokratischen Hochschule“

Scharfe Kritik haben die Senatsmitglieder der Professorengruppe „Demokratische Hochschule“ in einer Stellungnahme an dem mehrheitlich gefaßten Beschluß des Senats geübt, die Entscheidung des Fachbereichsrates I zur Organisationsstruktur nicht zu übernehmen. Der FBR I war bei seiner Sitzung am 4. März von seiner bisherigen Haltung abgewichen und hatte seine Teilung in der auch vom Minister vorgesehenen Form beschlossen (FB Philosophie/Psychologie/Sportwissenschaften und FB Pädagogik/Sonderpädagogik). In der Stellungnahme der Professoren, die auch ein Minderheitsvotum gegen die Senatsbeschlüsse eingelegt haben, heißt es, als unwahr habe sich die Behauptung der Mehrheit des Senats im Hinblick auf die unterschiedliche Behandlung der Fachbereiche erwiesen, man respektiere eben die Beschlüsse dieser Gremien. Weiter warfen die Professoren der Senatsmehrheit vor, bewußt die Grundordnung verletzt zu haben. Der FBR I hatte seine Entscheidung mit der Grundordnung begründet, die in § 61, Abs. 2, Nr. 3 vorsieht, daß einem Fachbereich nicht mehr als 30 hauptamtliche Hochschullehrer angehören sollen.

In einem Schreiben an MdL Horst Milde (Oldenburg) hat Wissenschaftsminister Prof. Dr. Eduard Pestel erklärt, sein Umgang mit den Hochschulen werde auch künftig durch Respekt vor der Eigenständig-

keit der Universität geprägt sein, so daß er zu Mitteln der Rechts- und Fachaufsicht nur dann greifen werde, wenn trotz intensiver Bemühungen eine einvernehmliche Lösung nicht gefunden werden könne. Pestel antwortete damit auf einen Vorschlag Mildes, in die 2. NHG-Novellierung eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die Universität selbst darüber entscheiden können sollte, ob sie neben den Professoren den anderen Statusgruppen Mitbestimmungsrechte in Instituten und Seminaren einräumen will. Konkret wollte sich der Minister zu diesem Vorschlag nicht äußern, der auch von der Universität unterstützt wird (siehe auch „Im Wortlaut“).

## Keine Vergabe des Ossietzky-Preises

Der von der Stadt ausgeschriebene „Carl-von-Ossietzky-Preis“ wird nicht vergeben. Nach Meinung der Jury war keine der zehn eingereichten Arbeiten - darunter zwei von Oldenburger Studenten - preiswürdig. Nur eine wurde von dem Jurymitglied Dr. Walter Leonard als der Form nach in Ordnung befunden. Wie Kulturdezernent Dr. Seeber betonte, soll sich künftig die Ausschreibung des Preises nicht mehr an der Person Ossietzky, sondern an der demokratischen Entwicklung in Deutschland orientieren.

## Wechloy-Ausbau entschieden

Fortsetzung von Seite 1  
 lungssystem erreicht. Der Zentralbereich biete optimale Voraussetzungen für Kommunikation und studentisches Leben. Die systematische äußere Gestaltung mit landschaftsgemäßen Materialien werde im Inneren der Baukörper gleichwertig fortgesetzt. Die kompakte bauliche Anlage ermögliche nicht nur eine gute Anbindung der Fächer untereinander, sondern auch eine vorwiegend direkte Versorgung durch die zentrale Einrichtung technisch-wissenschaftlicher Anlagen (ZETWA). Besonders hervorgehoben wird außerdem von der Jury, daß die Bremer Bietergemeinschaft besonders energiesparende Maßnahmen eingeplant habe. Zur Wärmerückgewinnung aus Lüftung und Blockheizkraftwerk sollen Wärmepumpen und Kondensatorwärmenutzung eingesetzt werden. Wie auch bei den anderen vier Bietern gehört zu dem Entwurf der Bremer Gruppe auch eine Nebenmensa und der Bau von Sportanlagen. Die Nebenmensa ist bereits dem Rotstift zum Opfer gefallen, der Bau der Sportanlagen noch nicht beschlossene Sache. Ebenfalls nicht beschlossene Sache ist die Anlage eines Botanischen Gartens im Bereich Wechloy, obwohl im Augenblick an der Detailplanung mit Hochdruck gearbeitet wird. Der Vorstand des Botanischen Gartens rechnet fest damit, daß zumindest Teile der Planungen verwirklicht werden. Wann die Landesregierung in dieser Frage zu einer Entscheidung kommt, steht allerdings dahin.

Dagegen ist klar, daß Mitte Juni mit Hochdruck auf dem Standort Wechloy gebaut werden soll, nachdem die Stadt bereits die Vorarbeiten dafür geleistet hat und mit dem Ausbau des Energielabors bereits Ende vergangenen Jahres das Startzeichen gesetzt worden war. Mit der Fertigstellung wird im Sommer 1984 gerechnet.

Wie dazu der Oldenburger Stadtbaurat Hans-Martin Schutte erklärte, sei die Stadt mit dem gesamten Verfahren außerordentlich zufrieden. Sie erhoffe sich von den Bauarbeiten nicht zuletzt einen erheblichen beschäftigungspolitischen Effekt. Dieser soll auch dadurch erzielt werden, daß leistungsfähige Oldenburger Firmen an Einzelmaßnahmen mitwirken sollen, wie Professor Jelpke betonte.

## Ossietzky-Tage '81

Fortsetzung von Seite 1  
 sowie eine umfangreiche Sammlung von Zeitungsausschnitten. Ferner wird der Präsident der Universität einen Bronzeabguß der Totenmaske Ossietzkys als Geschenk seiner Tochter entgegennehmen. Das „Forum zur Friedenserziehung“ ist als Abschluß des universitären Projektes „Frieden und Abrüstung“ gedacht und wird sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Friedenserziehung in der Schule und der Lehrerausbildung beschäftigen. An der geplanten Podiumsdiskussion werden sich voraussichtlich Vertreter der Friedensbewegung, des niedersächsischen Kultusministers, der Bundeswehr, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) beteiligen. Getragen wird das Forum wie auch die anderen Veranstaltungen der Ossietzky-Tage '81 gemeinsam von der Universität, der GEW, dem Allgemeinen Studentenausschuß und dem Verein „Aktionskomitee Emslandlager e.V.“.

## Promotion

Die Dissertation von Christa Karger-Fengler und Thomas Fengler mit dem Titel: „Alltag in der Anstalt. Wenn Sozialpsychiatrie praktisch wird“ und die dazu gefertigten Tagachten liegen bis zum 16. April 1981 in der Geschäftsstelle des FB I zur Einsichtnahme aus.

## 23-jähriger Student erlag Herzversagen

Am 31. März verstarb der an der Universität Oldenburg immatrikulierte Student Hermann Janssen aus Greetels (Gemeinde Krummhörn). Bei einem Waldlauf versagte sein Herz. Janssen war sofort tot. Der erst 23-jährige studierte Wirtschaftswissenschaften und Politik und gehörte zu den besonders engagierten Kommilitonen. Als Mitglied des Liberalen Hochschulverbandes (LHV) arbeitete er aktiv im Fachschaftsrat Handelslehramt mit. Im vergangenen Jahr wurde er ins Studentenparlament gewählt, wo er sich besonders Fragen der Lehrerausbildung widmete. Janssen galt als besonders umgänglicher Mensch. Sein früher Tod löste weit über seine Familie und seinen Freundeskreis hinaus große Trauer aus.

## Ausschreibung

Für das Forschungsvorhaben „Niedersächsische Regionalparteien“ (Projekt 30) werden zum 1.7.1981 insgesamt vier Studenten/ Absolventen der Studiengänge Lehramt Sozialkunde, Lehramt Geschichte, Diplom-Sozialwissenschaften als wissenschaftliche Hilfskräfte eingestellt. Bewerber mit wahlsoziologischen/regionalgeschichtlichen Examensarbeiten, EDV-Erfahrung (SPSS, FORTRAN) oder Ortskenntnis in einer Untersuchungsregion (Kreise Emsland, Wittmund, Bremervörde) werden bevorzugt. Bewerbungen bis 30.4.1981 an Prof. Dr. Karl-Heinz Naßmacher, Fachbereich III.

## Personalien • Personalien •

Professor Dr. Friedhelm Nachreiner, Psychologe im FB I, hat gemeinsam mit wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten zwei Referate („Psychologische Ansätze zur Analyse verschiedener Arbeitssysteme“ und „Auswirkungen der Schichtarbeit des Vaters auf die schulische Entwicklung des Kindes“) auf dem 27. Frühjahrskongreß der Gesellschaft für Arbeitswissenschaften e.V. in Zürich gehalten.

Dr. Joachim Dyck ist mit der Verwaltung der Stelle eines Professors im Fachbereich II, Aufgabengebiet: Germanistik „Literaturwissenschaft mit den Schwerpunkten Literaturtheorie und Literaturrezeption“ beauftragt worden.

Dr. Rudolf Germer, bisher Lehrbeauftragter an der Technischen Universität Berlin für „Angewandte Physik“, ist mit der Verwaltung der Stelle „Angewandte Physik, Schwingungsphysik“ im FB IV beauftragt worden. Dr. Horst Kern, bisher wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Deutschen Institut für internationale pädagogische Forschung, Frankfurt, ist zum Professor für „Sonderpädagogische Diagnostik und Therapie im FB I ernannt worden.“

Dr. Johann-Wolfgang Wägele wurde zum Akademischen Rat z.A. ernannt. Aufgabengebiet: Zoologie mit dem Schwerpunkt Morphologie.

Margarete Schnell, seit zehn Jahren als Verwaltungsangestellte im Immatrikulationsamt für studentische Angelegenheiten beschäftigt, scheidet am 30. April aus dem Dienst der Universität aus. Sie hat mehrere Studentengenerationen nicht nur aus der Sicht der Verwaltung betreut, sondern auch ein offenes Ohr für Sorgen und Probleme gehabt. Wegen ihrer unbürokratischen Art zu verwalten und der Bereitschaft, manchmal „ein Auge zuzudrücken“, ist sie bei vielen Studenten beliebt. Kollegen und Stu-

dentenschaft wünschen ihr für die Zukunft alles Gute.

## Im Dienstleistungsbereich wurden eingestellt:

Birgit Baake als Bibliotheksangestellte  
 Elke Boeker als Bibliotheksangestellte  
 Heinz Gehring als Glasbläser in der ZETWA  
 Arjun Jagota als technischer Angestellter im BIS

Brigitta Steinfeld als Technische Angestellte beim Forschungsvorhaben „Untersuchungen zur Geomikrobiologie und Biogeochemie verwitternder Werkstoffe aus mineralischen Werkstoffen (FB IV, Prof. Dr. Krumbein)“

Ingeborg Stegmaier als Raumpflegerin im Dezernat 4  
 Dietlind Unnasch als Verwaltungsangestellte im Forschungsvorhaben „Studienerfolg“ unter Leitung von Prof. Dr. Schulenberg, FB III

Doris Reske wurde zur Bibliotheksassistentin z.A. ernannt

## Aus dem Dienst der Universität ausgeschieden sind:

Dr. Günter Kutscha, Professor im FB III, Fachgebiet: Didaktik der Wirtschaftswissenschaften. Dr. Kutscha ist zum Professor an der Gesamthochschule Duisburg ernannt worden.

Professor Dr. Anselm Maler, Vertreter der Professorenstelle im FB II, Aufgabengebiet: Germanistik, Literaturwissenschaft. Dr. Maler wurde zum Professor an der Gesamthochschule Kassel ernannt.

Eckard Haase, Angestellter im BIS  
 Britta Hakemann, Verwaltungsangestellte in der ZETWA.

**Spedition Möbeltransport International DEUS**  
 TEL. (04 41) 71001

**Anna Thye**  
 Buchhandlung  
 Inh. Gottfried Sieler  
 Gegr. 1. 9. 1800  
 29 OLDENBURG  
 Schloßplatz 21 / 22  
 Postfach 4780  
 Ruf (04 41) 25288

**JEANS**  
 von **Horten**  
 Levis · Wrangler · Pionier · Lois · Settler

**TABULA BUCHLADEN**  
 IM HERBART GANG

**Schreibmaschinen**  
 neu und gebraucht, sowie diverse Büro-  
 maschinen mit Service und Garantie.  
 Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM  
 Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM  
 Kugelschreibmaschinen ab 699 DM  
 Weitere Büromaschinen auf Anfrage.  
**ebv** Bürotechnik  
 HERWIG ERLBECK  
 Donnerschweer Str. 91  
 2900 Oldenburg  
 Ruf 04 41 / 8 51 25  
 Verkauf Mo-Fr ab 17 Uhr oder nach Vereinbarung

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium  
 ★  
 In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl  
**B&G**  
 1871 1971  
 BUCHHANDLUNG  
 BÜLTMANN & GERRIETS  
 Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01  
 Postfach 141

**2 Stunden**  
 Examensarbeiten-Service  
 Fotokopien DIN A 4  
 Buchbindarbeiten  
 Zeitschriften Berichte  
**HENCKUS**  
 Buchbinderei  
 Edewechter Landstraße 50  
 29 Oldenburg  
 Telefon 0441-50 2397

**Birkenstock-Sandalen**  
 ... wenn auch Ihre Füße fit bleiben sollen!  
 Die gibt's in Oldenburg bei **EGGERS**  
 Das Fachgeschäft für fugeredite Schuhe  
 Edewechter Landstr. 89  
 Telefon (04 41) 50 27 63  
 Mittwoch nachmittags geschlossen

**spanhake bastelgalerie**  
 oldenburg burgstrasse 2 tel. 27488  
 spanhake hat alles für Hobby Werken Basteln Modellbau Kindergarten Schule und Beruf  
**spanhake**  
 oldenburg lange strasse 48 telefon 04 41/27488

Kopieren · Sortieren · Einbinden  
**KOPIERDIENST**  
 · KOPIER-AUFTRAG-SERVICE ·  
 Examensarbeiten schnell u. gut  
 Ammerländer Heerstraße 88  
 Fernsprecher 04 41/7 63 74  
 KOPIERPREIS  
 je Stück  
 DIN A 4 DM **0,10**

## Landessparkassen-Immobilien dienst

**ÖBS** Immobilien GmbH  
 OLDENBURG, MARKT, RUF 041/2371

Landesbausparkasse der Sparkassen

## Mit der OBS den Grundstein legen.

**ÖBS** Öffentliche Bausparkasse  
 OLDENBURG · BREMEN · WILHELMSHAVEN